Vergütungsverhandlungen vdek – so nicht

Erschienen am 16.12.2015

Am 14. Dezember 2015 haben die Verhandlungen mit den Ersatzkassen in Berlin begonnen. Die Forderung der physiotherapeutischen Berufsverbände ist klar: 4,5 bis 4,64 Prozent Vergütungserhöhung für die alten Bundesländer und der Ost-West-Angleich für die neuen Bundesländer im Jahr 2016 müssen es sein. Dem steht ein Angebot der Ersatzkassen in Höhe von jeweils 1,5 Prozent für die alten und neuen Bundesländer gegenüber. Dass es auch anders geht, zeigt insbesondere das Verhandlungsergebnis, das wir mit den Primärkassen in Bremen erzielt haben. Aber nicht nur bei dieser Krankenkasse ist der Nachholbedarf hinsichtlich der Höhe der physiotherapeutischen Vergütungen endlich angekommen.

Angekündigte Steigerung der Zusatzbeiträge einiger Kassen beeindruckt nicht
Die Verhandlungsführer von IFK, VPT und PHYSIO-DEUTSCHLAND wiesen das Argument zurück, dass steigende Zusatzbeiträge bei den Ersatzkassen und deshalb drohende Mitgliederverluste die geforderten Erhöhungen nicht zuließen.

Die Vergütungssituation in den Physiotherapiepraxen in Deutschland ist unbefriedigend und muss dringend verbessert werden. Fakt ist nämlich: Immer mehr Berufsangehörige wandern aufgrund der geringen Verdienstmöglichkeiten ab. Die Arbeitgeber in der ambulanten Versorgung können ihre Mitarbeiter nicht entsprechend der steigenden Lebenshaltungskosten entlohnen. Die flächendeckende Versorgung mit physiotherapeutischen Leistungen steht daher auf dem Spiel.

„Die Krankenkassen stehen aber in der Pflicht, jederzeit eine hochwertige, zeit- und wohnortnahe physiotherapeutische Versorgung ihrer Versicherten zu gewährleisten. Das setzt zwingend voraus, dass sie faire, leistungsgerechte und auskömmliche Preise für die physiotherapeutischen Leistungen zahlen. Die vdek-Preise liegen zwar häufig über denen der anderen Kassen, aber auch die Ersatzkassen bleiben den Physiotherapeuten so manchen Euro für ihre guten Leistungen schuldig. Die aktuellen vdek-Preise sind weder fair noch leistungsgerecht noch auskömmlich“, betont Ute Repschläger, die IFK-Vorstandsvorsitzende.

„Im Rahmen der finalen Beratungen zum eHealth-Gesetz hat die Politik versäumt, die Bindung an die Grundlohnsumme abzuschaffen. Deshalb orientiert sich unsere Forderung nach einer 4,5- bis 4,64 Prozent-Steigerung der physiotherapeutischen Vergütung neben der Anpassung der Preise im Rahmen der neuen 2/3-Untergrenze auch weiterhin an der Grundlohnsummenentwicklung; mehr ist rechtlich nicht möglich. Unsere Forderung entspricht dem gesetzlichen Spielraum, den der Gesetzgeber den Ersatzkassen im Jahr 2016 zubilligt. Die Ersatzkassen profitieren zudem auch weiterhin von steigenden Beitragseinnahmen aufgrund der guten Beschäftigungssituation in Deutschland“, erklärt Andrea Rädlein, Vorsitzende von PHYSIO-DEUTSCHLAND. Das Geld verteilt der Gesundheitsfonds an die Krankenkassen. Diese Mehreinnahmen reichen aus, die physiotherapeutischen Leistungen angemessen zu bezahlen, sind sich IFK, VPT und ZVK einig. „Denn bei unseren Kolleginnen und Kollegen brennt die Hütte: immer mehr Arbeit bei sinkendem Reallohn. So kann das nicht mehr weitergehen“, untermauert VPT-Präsident Karl-Heinz Kellermann die Forderung der physiotherapeutischen Verbände gegenüber den Ersatzkassen.

Die Verhandlungen sind nach einem dreistündigen Schlagabtausch ergebnislos abgebrochen worden. „Im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen werden wir das Gespräch mit den Ersatzkassen schnellstmöglich fortsetzen. Wir fordern die Ersatzkassen auf, ihre Blockadehaltung gegenüber uns Therapeuten aufzugeben und nicht an der falschen Stelle zu sparen“, so Andrea Rädlein.